



Keupers

kritischer

Kommentar

11-01-2018

November 2018

„Volksparteien ohne Volk“.

So die Überschrift eines Artikels in der Allgemeinen Zeitung von Manon und Dirk Metz, am 18. Oktober 2018, in welchem sie den Niedergang der beiden ehemals sogenannten Volksparteien von CDU/CSU und der SPD erörtern, ohne die desaströsen Ergebnisse dieser beiden Parteien bei der Hessenwahl vom 28. Oktober erahnen zu können. „Früher war alles besser“, beginnt die Abhandlung, „so loben ältere Zeitgenossen gerne vergangene Tage, und so könnte auch, der eine oder andere Anhänger einer der beiden Volksparteien hierzu Lande klagen. Die Zeiten, in denen die Union und die SPD gemeinsam die überwältigende Menge der Wählerstimmen bekamen, gehören einer entfernten Vergangenheit an.“

In den 70er Jahren waren es über 90% der abgegebenen Stimmen, bei einer Wahlbeteiligung von über 90 Prozent, nach der Wiedervereinigung in den 90er Jahren nur noch fast 78 Prozent, bei einer Wahlbeteiligung von nur 70 Prozent, und bei der letzten Bundestagswahl im Jahre 2017 waren es nur noch etwa 53 Prozent, bei einer Wahlbeteiligung von 76 Prozent, die zusammen auf CDU/CSU und SPD entfielen. Somit zeigt sich ein stetiger Abwärtstrend, der sich nach Umfragen noch weiter fortsetzt, so dass zur Zeit nur ein Ergebnis von etwa 40 Prozent prognostiziert wird.

Ein solcher Absturz der früher die politische Repräsentanz beherrschenden Volksparteien von CDU/CSU und SPD ist für die Stabilität der demokratischen Machtverhältnisse alarmierend, denn wenn nun 6, oder vielleicht auch bald 7 Parteien den Bundestag bevölkern, mit Stimmenanteilen von 28 bis 5 Prozent, wird eine Regierungsmehrheit und eine Regierungstabilität immer schwieriger herzustellen sein. Dadurch besteht die Gefahr, infolge der schwieriger werdenden Kompromissfindungen, dass die Aufgaben, die Herausforderungen der Zukunft nur suboptimal gelöst oder bewältigt werden, die Wählerinnen und Wähler deshalb immer mehr enttäuscht dem praktizierten Politischen überdrüssig sind. Wir nähern uns somit immer mehr den Weimarer Verhältnissen, von denen grundsätzlich die Völkisch-Nationalen profitieren. Darum ein Niedergang der Volksparteien schwächt unsere Demokratie!

Die „Nach-Merkel-Ära“ wird die CDU stärken.

Die CDU hat die Gefahren erkannt. Nach dem Debakel bei der Hessen-Wahl, hat Angela Merkel reagiert und will den Parteivorsitz bei dem nächsten Parteitag im Dezember abgeben. Es ist zu erwarten, dass, wenn man die nun gehandelten Nachfolgekandidaten so be-

trachtet, nach der Vorstandswahl die CDU einem mehr konservativ-neoliberalen Weg einschlagen wird, mit Tendenzen zum rechten Nationalismus. Sie wird also in etwa dem von der CSU eingeschlagenen Kurs folgen, wenn auch mehr zugunsten des Finanzwirtschaftlichen.

Da sich mit Friedrich Merz eine erfahrende (Wirtschafts-)Persönlichkeit zur Wahl stellen will, für die Partei zwar ein großes Wagnis, aber auch eine große Chance eine neue Politikrichtung glaubhaft zu verkörpern, könnte es der CDU gelingen die Tendenz des Niederganges nicht nur zu beenden, sondern sogar umzukehren, die CDU wieder als Volkspartei zu stabilisieren.

Will sich die SPD durch „Nichtpolitik“ erneuern?

Die Sozialdemokraten meinen immer noch, aus der Basis heraus eine Erneuerung schaffen zu können. Einer Basis, die ein Ausscheiden aus der Regierung, ein Ende der GroKo fordert. Dabei weiß ein jeder verantwortliche Kommunalpolitiker, dass eine Oppositionsrolle nichts bringt, dass man immer einen Fuß in der Tür haben muss zum Bürgermeister, zur Verwaltung, um alle nötigen internen Kenntnisse zu bekommen, eine erfolgreiche nach außen wirkende Politik betreiben zu können.

Die Bürgerinnen und Bürger erwarten von einer Partei, die sie wählen, dass diese verantwortungsvoll mitwirkt bei der politischen Gestaltung und nicht nur in der Opposition Sprüche klopft.

Klaus von Dohnanyi empfiehlt daher richtig, in einem Interview in der Welt, am 30.10.2018, den Verbleib der SPD in der GroKo. Er stellt des Weiteren fest: „Wir, (die SPD), müssen zurück zu einem Gesamtdenken über die Gesellschaft. Wer nicht im großen Zusammenhang denken kann, wird in diesen Zeiten nicht gewählt. Die DNA der SPD sind eben in erster Linie die großen strukturellen Fragen der jeweiligen Zeit. Der Ursprung der SPD waren die Strukturreformen in der Gesellschaft und nicht nur alleine (gewisse) Sozialreformen“.

SPD sollte die Lösung der Zukunftsfragen vorantreiben.

Wenn es der Führung der SPD gelingt, mit einer charismatischen Führungspersönlichkeit in den großen Debatten unserer Zeit die Lösung der Zukunftsaufgaben für sich zu manifestieren, dann werden auch die Wählerinnen und Wähler wieder ihr die nötige Aufmerksamkeit, die nötige Unterstützung gewähren!

Dazu ist es aber erforderlich, dass wir die Entwicklungen der Zukunft richtig abschätzen und erkennen. Dass wir zum Beispiel erfassen, wie im Zuge der digitalen Evolution sich die Arbeitswelt von morgen gestalten wird und wie dadurch auch sich das gesellschaftliche Umfeld, das zwischenmenschliche Miteinander verändert. Schon heute weisen die neuen Gewohnheiten der digitalen Kommunikationen darauf hin, dass nicht nur eine Mehrung und Beschleunigung der Kontakte und Informationen erreicht werden, sondern auch, dass dadurch die persönliche Gesprächsbereitschaft, das direkte menschliche Miteinander zurückgedrängt wird.

Wir werden also erleben, dass das Gesellschaftliche sich immer mehr robust-radikaler und egozentrischer entwickelt. Dass die sozial Schwachen immer mehr ins Prekariat abgedrängt werden, dass sich die Gesellschaft immer mehr spaltet. Darüber müssen die Sozialdemokraten offen diskutieren und sprechen.

Denn elementar für den gesellschaftlichen Zusammenhalt, so stellte Bundespräsident Frank Walter Steinmeier bei seinem Besuch in Sachsen am 01. November fest, sei die Bereitschaft der Politik, sich über die so unterschiedlichen Interessen und Ansichten vertrauensvoll und offen auszutauschen. Dabei die dadurch erkennbare Verschiedenheiten der Meinungen den Bürgerinnen und Bürgern offenlegen, damit diese daraus gegebenenfalls ihre Rückschlüsse herleiten können. Die Politik im Allgemeinen, die Politik der Sozialdemokraten im Besonderen muss durch die in einer Demokratie üblichen und nötigen, (Parlaments-)Debatten wieder mehr erkennbar werden. Denn mehr öffentlich wahrnehmbarer Parlamentarismus wird der SPD, aber auch der Demokratie in unserem Lande guttun. Die Sozialdemokraten sollten, wie es einst Willy Brandt forderte, mehr Demokratie wagen, ihre Politikvorstellungen erfassbar und sichtbar machen.

In diesem Sinne,

Wörrstadt, den 02. November 2018

Heinrich Keuper